FRANK ROGNER / NETZHAUT

Opel-Produktion in Bochum

OPEL

Zweifelhafter Sanierungsplan

Bei führenden Ökonomen stößt das Vorhaben des Autoherstellers Opel, mehr als 6000 Arbeitnehmer in sogenannten Beschäftigungsgesellschaften unterzubringen, auf Kritik. So bewertet der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Franz das Vorhaben „eher als reine Verschleierungsmaßnahme, mit der Unternehmen und Gewerkschaft den verabredeten Personalabbau bemänteln wollen". Den Beschäftigten bringe das Konzept zwar finanzielle Vorteile, „ob es ihnen aber auch hilft, rascher wieder eine reguläre Stelle zu finden, ist mehr als zweifelhaft". Franz, der Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung ist, verweist auf die ernüchternden Erfahrungen mit Beschäftigungsgesellschaften in Ostdeutschland: „Dort haben sich die Jobchancen von Arbeitslosen vielfach sogar veschlechtert." Der Kölner Ökonom Johann Eekhoff kritisiert das geplante Sanierungskonzept als „eklatante Ungleichbehandlung". Beschäftigungsgesellschaften wie bei Opel seien „in dieser Form ausschließlich in Großbetrieben möglich". Finanziert würden sie aber von der Bundesagentur für Arbeit „und damit von allen Beitragszahlern, vor allem solchen aus kleinen und mittleren Unternehmen".

MOBILFUNK

Klage gegen den Bund?

Am Donnerstag dieser Woche wird die Büdelsdorfer Mobilfunkgesellschaft MobilCom auf einer Aufsichtsratssitzung endgültig über eine in weiten Teilen fertig gestellte Milliardenklage gegen den Bund entscheiden. Hintergrund sind die im Jahr 2000 für rund 50 Milliarden Euro vom Bund versteigerten UMTS-Lizenzen. Die Gebühr hatte der Bund ohne Mehrwertsteuer berechnet. Wie andere Handy-Firmen auch, ist MobilCom der Ansicht, dass sich der Bund bei der Versteigerung als „wirtschaftliches Unternehmen" betätigt habe und somit der Umsatzsteuerpflicht unterliege. In hektischen Verhandlungen hatten die MobilCom-Juristen in den vergangenen Tagen noch versucht, sich mit der zuständigen Regulierungsbehörde über eine Verlängerung der Ende des Jahres auslaufenden Verjährung zu verständigen – ohne Erfolg. Damit, so beteiligte Juristen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Klage gestiegen. Für Finanzminister Hans Eichel könnte ein Rechtsstreit fatale Folgen haben. Allein MobilCom, das sich zu dem Vorgang nicht äußern möchte, könnte sich bei erfolgreicher Klage auf dem Wege des Vorsteuerabzugs mehr als 1,1 Milliarden Euro erstatten lassen.

ÜBERNAHMEN

Kritik am Verkauf des Dualen Systems

Gegen die Begleitumstände der geplanten Übernahme des Dualen Systems Deutschland (DSD) durch die US-Beteiligungsfirma KKR regt sich massive Kritik aus der Politik. Die finanziellen Modalitäten des Verkaufs, fordert die NRW-Verbraucherministerin Bärbel Höhn, sollten in den nächsten Wochen genauestens auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft werden. Hintergrund ist die Tatsache, dass KKR zwar rund 807 Millionen Euro für das Grüne-Punkt-System inklusive dessen Verpflichtungen aufwenden muss, faktisch jedoch laut Geschäftsbericht auch Rücklagen in Höhe von rund 836 Millionen Euro übernimmt. Davon soll mehr als die Hälfte an die Alteigner aus der Industrie ausgeschüttet werden. Die Rücklagen, vermuten Höhn und Kritiker aus der Versorgungswirtschaft, dürfte das DSD als nichtgewinnorientiertes Unternehmen in dieser Höhe aber „eigentlich gar nicht besitzen". Der „Grüne Punkt", so die Ministerin, sei von seiner Konzeption her eine Art „Zwangsabgabe für die Bürger". Folgerichtig müsse man erwarten, dass zu viel eingenommene Gelder auch wieder an die Verbraucher ausgeschüttet werden.

PETER MEISSNER / ACTION PRESS

Grüne-Punkt-Werbung

THOMAS LOHNES / DDP

Bauarbeiter

UNTERNEHMEN

Miese Zahlungsmoral

Die Zahlungsmoral in der Wirtschaft hat sich laut einer Prognos-Studie weiter verschlechtert. Gut die Hälfte der 500 befragten Firmen berichten, es sei schwieriger geworden, ausstehende Rechnungen einzutreiben. Ein Drittel bezeichnet die Zahlungsmoral als unzureichend oder schlecht. Im Baugewerbe klagt sogar fast die Hälfte aller Betriebe darüber. Säumigste Schuldner sind kleine und mittlere Firmen, gefolgt von Privatkunden und der öffentlichen Hand. Als eher zuverlässig gelten Großbetriebe sowie Auslandskunden.